

05.10.98

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

**EntschlieÙung zum Fünften Jahresbericht des Europäischen
Beobachtungsnetzes für KMU (1997)**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 028502 - vom 29. September 1998. Das Europäische Parlament hat die
EntschlieÙung in der Sitzung am 17. September 1998 angenommen.

Entschließung zum Fünften Jahresbericht des Europäischen Beobachtungsnetzes für KMU (1997) (C4-0115/98)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Fünften Jahresberichts des Europäischen Beobachtungsnetzes für KMU (1997) (C4-0115/98),
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 18. September 1997 zum Vierten Jahresbericht des Europäischen Beobachtungsnetzes für KMU (1996)⁽¹⁾,
 - unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zur Politik zugunsten von KMU, insbesondere seine Entschließungen vom 24. April 1997 zu
 - der Mitteilung der Kommission "Handwerk und kleine Unternehmen, Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Europa"⁽²⁾,
 - der Mitteilung der Kommission über das integrierte Programm für KMU und Handwerk⁽³⁾,
 - dem Bericht über die Koordinierung der Maßnahmen für die KMU und das Handwerk⁽⁴⁾,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik (A4-0255/98),
- A. in der Erwägung, daß 1996 99,8% der 19 Millionen nicht primärer Privatunternehmen KMU waren, davon 92,9% Kleinstunternehmen,
- B. in der Erwägung, daß die Gesamtzahl der in KMU Beschäftigten von 68,7 Millionen im Jahr 1995 auf 75,7 Millionen im Jahr 1996 gestiegen ist, während die Zahl der in Großunternehmen Beschäftigten sich von 34,6 Millionen im Jahr 1995 auf 39,4 Millionen im Jahr 1996 erhöhte,
- C. in der Erwägung, daß den im Jahresbericht vorgelegten Zahlen zufolge KMU weniger anfällig gegenüber Konjunkturschwankungen sind als Großunternehmen,

⁽¹⁾ ABl. C 304 vom 6.10.1997, S. 134.

⁽²⁾ ABl. C 150 vom 19.5.1997, S. 44.

⁽³⁾ ABl. C 150 vom 19.5.1997, S. 47.

⁽⁴⁾ ABl. C 150 vom 19.5.1997, S. 50.

- D. in der Erwägung, daß der Analyse zufolge 1995 in einigen Ländern eine Zunahme der Handwerksbetriebe gegenüber 1991 zu verzeichnen war, die durchschnittliche Größe der Handwerksbetriebe in den meisten europäischen Ländern jedoch abgenommen hat,
- E. in der Erwägung, daß der Frage der Übereignung große Bedeutung zukommt, da bei den Kleinunternehmen rund ein Drittel der Eigentümer-Unternehmer 50 Jahre oder älter sind,
- F. in der Erwägung, daß das europäische Fremdenverkehrsgewerbe als Sektor mit KMU-Dominanz bezeichnet werden kann, in dem ca. 99,95% der Touristikunternehmen weniger als 250 Beschäftigte haben,
- G. in der Erwägung, daß das europäische Fremdenverkehrsgewerbe vor neuen Herausforderungen steht, die mit einem weltweiten Ansteigen des Wettbewerbs, den immer höher werdenden Qualitätserfordernissen, der Globalisierung und Deregulierung sowie den immer höher werdenden Umwelterwartungen zusammenhängen, wobei der geschäftliche Erfolg immer deutlicher vom Preis/Leistungsverhältnis abhängt,
- H. in der Erwägung, daß das europäische KMU-Fremdenverkehrsgewerbe unter internen Hemmnissen zu leiden hat, insbesondere bei Vermarktung und Verkaufsförderung, Einführung neuer Technologien, Zugang zum Kapital, zwischenbetrieblicher Kooperation und Management, was eine dringend erforderliche Modernisierung impliziert,
- I. in der Erwägung, daß für eine Verbesserung des Zuganges von KMU zu Venture-Kapital die spezifischen Probleme und Strukturen von KMU berücksichtigt werden müssen,
- J. in der Erwägung, daß die KMU im Umweltbereich durch geringere Sensibilisierung für ökologische Probleme, Personalmangel und knappe Finanzmittel in mancher Hinsicht benachteiligt sind,
- K. in der Erwägung, daß in seiner Stellungnahme vom 1. April 1998 zu dem Vorschlag für einen Beschluß des Rates über Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung innovativer und arbeitsplatzschaffender kleiner und mittlerer Unternehmen – Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung⁽¹⁾ eine Reihe neuer Programme geprüft wurde, insbesondere die KMU-Bürgerschaftsfazilität,
 - 1. begrüßt den Fünften Jahresbericht 1997 des Europäischen Beobachtungsnetzes für KMU als innovative und umfassende Dokumentation über Tendenzen, Praktiken und Entwicklungen in der Europäischen Union, Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz;
 - 2. begrüßt es, daß in den Fünften Jahresbericht eingehende thematische Untersuchungen über "KMU im Fremdenverkehr" und "KMU und Umwelt" einbezogen worden sind, die die bisherigen Berichte vermissen ließen;

⁽¹⁾ ABl. C 138 vom 4.5.1998, S. 93.

3. begrüßt die Aufnahme des neuen Kapitels "Der Europäische KMU-Anzeiger", das wertvolle Hintergrundinformationen über Struktur und Entwicklung der KMU liefert;
4. fordert die Kommission auf, ab dem kommenden Jahr jährlich einen Bericht über die "Lage der kleinen Unternehmen" vorzulegen, damit die Maßnahmen zur Förderung der KMU möglichst effizient beurteilt werden und regelmäßig ein Überblick über die kleinen und mittleren Unternehmen in der Wirtschaft der EU verfügbar ist; dieser Bericht sollte weit über den üblichen Jahresbericht des Europäischen Beobachtungsnetzes für KMU hinausgehen, da er nicht nur eine Analyse und Studie der Wirtschaftslage und des Geschäftsgebarens der europäischen KMU, sondern gleichzeitig eine ausführliche jährliche Beurteilung der Gemeinschaftsmaßnahmen und -initiativen zur Förderung der KMU enthalten und gegebenenfalls neue politische Orientierungen vorschlagen würde; damit wäre die ideale Grundlage für eine regelmäßige, eingehende Debatte über die KMU-Politik im Rat und im Europäischen Parlament geschaffen;
5. fordert erneut die Vereinfachung und Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für KMU und insbesondere ein langfristiges Monitoring von neuen EU-Vorschriften mit Auswirkungen auf KMU; begrüßt in diesem Zusammenhang das Voranschreiten des SLIM-Projektes, mittlerweile in der dritten Phase, und empfiehlt eine zügige Ausweitung;
6. fordert eine beschleunigte Abwicklung bei KMU-Förderprogrammen sowie bei der Bereitstellung von Mitteln; unterstützt deshalb die Einführung von "one-stop-shops", die das Serviceangebot für KMU bündeln und so das Verfahren bei Förderansuchen vereinfachen helfen;
7. begrüßt das Kapitel über KMU in benachteiligten Gebieten und fordert, Programme wie LEADER und Ziel 5b besser auf die KMU in ländlichen Gebieten abzustellen, damit sie eine breitere Palette von Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten können;
8. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, daß auch in zukünftigen Förderprogrammen KMU im ländlichen Raum im Sinne einer Verknüpfung von Gewerbe, Tourismus und Landwirtschaft wie bisher eine besondere Unterstützung erhalten;
9. empfiehlt, den Euro durch den Fremdenverkehr bekanntzumachen, da dies der Sektor ist, in dem die Benutzer die direkten Vorteile der einheitlichen Währung erfahren werden; ist jedoch der Ansicht, daß der Fremdenverkehrssektor keine spezifische Unterstützung für die Einführung des Euro zu erhalten braucht, da der Fremdenverkehrsbereich gerade einer der Sektoren ist, der von der neuen Währung profitieren wird; ist dennoch der Ansicht, daß der Fremdenverkehrssektor in bestehende Programme zur Erleichterung des Übergangs auf den Euro einbezogen werden sollte;
10. empfiehlt, dem Fremdenverkehrsgewerbe in den an die künftige Euro-Zone angrenzenden Regionen seine besonders schwierige Situation durch Intensivierung von EU-Programmen wie insbesondere INTERREG zu erleichtern, allerdings nicht auf Kosten der Unternehmen in traditionellen Fremdenverkehrsregionen;

11. schlägt vor, im Rahmen der Neuordnung der Förderpolitik in neuen Ziel 2-Gebieten für entwickelte Tourismusgebiete mit rückläufiger Entwicklung Förderungen vorzusehen und den Tourismus in neuen Zielgebieten ausdrücklich zu erwähnen;
12. empfiehlt, unverzüglich Programme für die Personalschulung und die Anpassung der Humanressourcen der Branche an die neue Realität der einheitlichen Währung aufzustellen, die die verschiedenen davon betroffenen Bereiche abdecken, nämlich Umgang mit den Kunden, Management und Buchhaltung, Steuerfragen, Marketing und Verkaufspersonal usw.;
13. empfiehlt, besonderen Wert auf die Unterrichtung und Aufklärung der im Fremdenverkehrsgewerbe Beschäftigten zu legen; Fragen der Kunden zum Euro können nur dann präzise beantwortet werden, wenn das Personal selbst rechtzeitig informiert worden ist;
14. fordert, daß im nächsten Bericht des Beobachtungsnetzes untersucht wird, inwiefern KMU und insbesondere sehr kleine KMU von Veränderungen im Sozialversicherungssystem betroffen werden;
15. steht der Schaffung einer Datenbank über die Hemmnisse außerhalb des Zollbereichs und Behinderungen des Marktzugangs positiv gegenüber; fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Mittel für das Programm EXPROM aufzustocken und die KMU auf internationalen Messerveranstaltungen zu fördern; fordert sie ferner auf, den Grundsatz der Wechselseitigkeit zu verteidigen, wenn es um die Öffnung der Märkte von Drittländern geht;
16. fordert, daß im nächsten Bericht untersucht wird, in welchem Maße das Konzept des Benchmarking in mittleren und kleinen Unternehmen angewandt wird, und fordert ferner, daß das Beobachtungsnetz für den Fall, daß die Anwendung des Benchmarking sich als unzureichend erweist, Konzepte zur Verbesserung der Situation entwickelt;
17. fordert, daß das Beobachtungsnetz in seinem nächsten Bericht eine vergleichende Untersuchung zwischen den Mitgliedstaaten über den Zugang der mittleren und kleinen Unternehmen zu Kapital über das Bankwesen, Aktienbörsen, Beteiligungsgesellschaften und andere Finanzierungsquellen durchführt;
18. fordert das Beobachtungsnetz auf, in seinem nächsten Bericht die Frage zu prüfen, inwiefern eine Koordinierung zwischen den verschiedenen europäischen Programmen zustande kommt, die auf KMU ausgerichtet sind;
19. weist auf das Programm "Wachstum und Umwelt" des Europäischen Investitionsfonds hin, in dessen Rahmen über Handelsbanken in den Mitgliedstaaten Bürgschaften für Umweltinvestitionen von KMU gewährt werden, und verweist auf die Chancen, die dieses Programm bietet, damit KMU umweltfreundlicher produzieren können;
20. stellt fest, daß die Sensibilisierung für Umweltprobleme bei den KMU in der Regel weniger ausgeprägt ist, und fordert, ihnen einen besseren Zugang zu der einschlägigen Dokumentation zu ermöglichen;

21. stellt fest, daß von Umweltschutzvorschriften positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ausgehen können;
22. nimmt den Passus in dem Bericht zur Kenntnis, in dem es um die erforderliche Sorgfalt bei der Ausarbeitung von Umweltschutzvorschriften geht, damit die relative Wettbewerbsfähigkeit der KMU nicht beeinträchtigt wird;
23. hofft, daß das Europäische Beobachtungsnetz für KMU seine Tätigkeit möglichst nutzbringend und regelmäßig fortsetzen kann, zumal sein Jahresbericht über die KMU inzwischen in Wissenschafts- und Wirtschaftskreisen als Referenzdokument breite Anerkennung findet;
24. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung der Kommission, dem Rat und den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.